bnr.de
blick nach rechts

07. Januar 2010 | 27. Jahrgang | Ausgabe 01/2010

INHALT

RECHTE SZENE 2

„Strategische Überlegungen“ 2

Zur neuen „Verpackung“ der NPD-Politik will Parteichef Voigt auch die Opposition einbinden – an der Wiederannäherung stört sich offenkundig Bundesvorständler Thorsten Heise.

Tricksen und betrügen 3

Die NPD soll über Jahre überhöhte staatliche Zuwendungen kassiert haben.

Der ewige Judenhass 4

Ein NPD-Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen setzt sich für das Gedenken an die Judenverfolgung ein – vom Landesvorstand seiner Partei wird er dafür streng gerügt.

Großspurige Ambitionen 5

Die neue Monatszeitschrift „ZUERST!“ bekennt sich „zu den eigenen deutschen Interessen“ und will sich als rechtes Pendant ausgerechnet zum „Spiegel“ verstehen.

SEITENBLICK 6

Völkische Erziehung 6

In den Reihen des „Sturmvogels – Deutscher Jugendbund“ finden sich bekannte Familiennamen der Szene – der Nachwuchs trifft sich in regionalen „Lagern“, man ist um gemäßigte Außenwirkung bemüht.

GRAUZONE 8

Strippenzieher und Mäzen 8

Der Verleger Herbert Fleissner zeigt wenig Scheu gegenüber rechtsextremen Kreisen.

AUSLAND 9

Gemeinsame Eckwerte 9

Bei der französischen extremen Rechten scheinen sich der Front National und der aktivistische „Bloc identitaire“ einander anzunähern.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Bittere Jahrestage 10

Daten der deutschen Zeitgeschichte – ein Rückblick auf die Jahre 1930, 1935, 1940 und 1945.

MELDUNGEN 12

„Strategische Überlegungen“

Zur neuen „Verpackung“ der NPD-Politik will Parteichef Voigt auch die Opposition einbinden – an der Wiederannäherung stört sich offenkundig Bundesvorständler Thorsten Heise.

Beinahe schon weihnachtlicher Friede hatte sich in den letzten Wochen des vorigen Jahres über den Streit in der NPD gelegt. Zwar drohte Ungemach von außen, etwa durch die neue Anklageerhebung gegen Ex-Schatzmeister Kemna. Doch die Flügel der Partei hielten Ruhe – erst recht nach dem Tod des stets polarisierenden Jürgen Rieger.

Von NPD-Chef Udo Voigt war sogar ungewohnte Selbstkritik zu vernehmen. „Wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen und überlegen, ob die Verpackung unserer politischen Visionen noch stimmt“, ließ er Mitte November – Rieger war drei Wochen tot – angesichts der „nicht berauschenden“ Ergebnisse des Superwahljahrs wissen. Eine weitere Radikalisierung der NPD-Rhetorik hatte er dabei erkennbar nicht im Sinn: „Es geht darum, wie erreichen wir mehr Wähler.“ Gedanken darüber soll sich nun primär nicht der Vorstand machen, in dem nach dem Parteitag vom April 2009 Vertreter der internen Opposition fehlen. Vielmehr soll eine „Strategiekommission“ Mitte Januar zusammentreten, besetzt mit Vertretern des Vorstands, der Landes- und Kreisverbände, „Beratern“ und Nichtmitgliedern, wie Voigt ankündigte. „Neue strategische und neue taktische Überlegungen“ zur „Verpackung“ der NPD-Politik anzustellen ist ihr Auftrag. Im Februar soll dann der Vorstand entscheiden, welche Vorschläge er für umsetzbar hält. Es gehe nicht um eine „Aufgabe der Weltanschauung“, betonte Voigt Mitte November. Dabei fällt auf, dass er seitdem auf das radikale Gedröhne des „Deutschen Wegs“ verzichtet, mit dem sich sein Vorstand im Frühjahr von der Opposition rund um Holger Apfel abgesetzt hatte. Und so wurde bereits über eine Rückkehr des sächsischen Fraktionschefs in die Parteispitze spekuliert.

Genau in diese Situation platzten Äußerungen des Vorstandsmitglieds Thorsten Heise vom offen bekennenden Neonazi-Flügel über die Sachsen-NPD. Sie zielen darauf ab, eine eventuell sich anbahnende Wiederannäherung von Voigt und Apfel zu stören. Bis dato war Heise, verurteilt wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung und Volksverhetzung und einer der Vertreter der „parteifreien“ Neonazis, die 2004 zur Partei fanden, nicht durch lautstarke Äußerungen im internen Konflikt aufgefallen. So etwas hatte er Rieger, dem im Frühjahr aus dem Amt geschiedenen Ex-Bundesgeschäftsführer Eckart Bräuniger oder Thomas Wulff überlassen.

Der Anlass für seinen verbalen Ausbruch war an den Haaren herbeigezogen. Das extrem rechte Internetportal „Gesamtrechts“ hatte eine bnr-Meldung über Heises „Devotionalienhandel“ aufgegriffen und notiert: „Leute, die Hitlerwein für ganz Arme verkaufen, gehören überall hin, nur nicht in eine politische Partei – geschweige denn in deren Führung.“ Heise holte zum Gegenschlag aus. Freilich nicht nur gegen „Gesamtrechts“: In einem Interview zog er vor allem über die Fraktion in Sachsen her, wie es Rieger & Co. nicht kräftiger hätten machen können. „Wir haben uns jeden Tag zu fragen, ‚was können wir heute tun, damit Deutschland leben kann’ und nicht, ‚was kann ich tun, damit ich gut leben kann’“, gab Heise ihr mit auf den Weg. Parlamente seien nicht „persönliche Altersvorsorgeinstanzen“, sondern „Bühne zum Transport unserer Botschaften“.

Und beim Transport solcher Botschaften sieht er Defizite bei den „Herren“ in Dresden, wie er die Parlamentarier abschätzig nennt. Vor Jahren hatte sich die NPD-Fraktion aus Heises Sicht auf dem richtigen Weg befunden – als sie mit „Bombenholocaust“-Rhetorik für Skandale sorgte. Danach seien „die Herren dort“ leider „sanft entschlummert“, resümiert er. Die NPD müsse „viel selbstbewusster auftreten, als dass das der ‚politikfähige’ Flügel mit seiner bisherigen Speichelleckerhaltung gegenüber dem System getan“ habe.

Viel mehr fällt ihm zur künftigen Strategie der NPD allerdings nicht ein. „Nicht wir haben uns auf die bürgerliche Mitte hin zu bewegen, sondern diese wird sich uns annähern, wenn die Umstände ihr keine andere Wahl mehr lassen und wir aus eigener Kraft stark genug sein werden“, macht er sich Mut. Dass der in seiner langen NPD-Karriere im Lavieren zwischen den Flügeln geübte Voigt sich angesichts solcher strategischer Dürftigkeiten des Neonazi-Flügels wieder auf die Suche nach anderen Bündnispartnern innerhalb der NPD macht, ist nachvollziehbar.

Tomas Sager

Tricksen und betrügen

Die NPD soll über Jahre überhöhte staatliche Zuwendungen kassiert haben..

„Er ist der Finanzexperte der NPD", hieß es einst auf der Homepage der Partei über den damaligen Schatzmeister Erwin Kemna: „Sein Wissen und seine Erfahrung haben die NPD wirtschaftlich auf gesunde Füße gestellt." Wahrscheinlich dürfte der unbekannte Autor die beiden Sätze im Rückblick zutiefst bedauern. Erst stellte sich heraus, dass der Kassenchef aus dem Münsterland rund 700 000 Euro Parteigelder ins eigene Portemonnaie abgezweigt hatte – und jetzt holen Kemnas Finanztricks zugunsten der Partei die NPD ein zweites Mal wie ein Bumerang ein.

Die Staatsanwaltschaft Münster hat am Montag vor Weihnachten mitgeteilt, dass sie wegen des Verdachts des Betruges und des Verstoßes gegen das Parteiengesetz Anklage gegen den Ex-NPD-Schatzmeister erhoben hat. Mehr als eineinhalb Jahre haben die Ermittler des Düsseldorfer Landeskriminalamtes benötigt, um in das bei einer Hausdurchsuchung im Februar 2008 vorgefundene Chaos der Kemna'schen Partei-Buchhaltung Licht zu bringen. Sie überprüften die Rechenschaftsberichte der NPD für 2002 bis 2006. „Die Ermittlungen haben ergeben, dass in allen Rechenschaftsberichten Einnahmen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen deutlich überhöht dargestellt wurden", heißt es in einer Pressemitteilung der Münsteraner Staatsanwaltschaft.

Für die Partei lohnte es sich erstmal, die eigenen Einnahmen fiktiv hochzuschrauben. „Aufgrund dieser bewusst wahrheitswidrigen Angaben in den Rechenschaftsberichten kam es zu deutlich überhöhten Auszahlungen an die NPD durch den Deutschen Bundestag." Insgesamt seien in den fünf Rechenschaftsberichten, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, 869 749,95 Euro zu Unrecht als zuschussfähige Einnahmen angegeben worden. In der Folge wurden aus der staatlichen Parteienfinanzierung 271 446,77 Euro zu viel an die NPD ausgezahlt. Treffen die Vorwürfe zu, droht der NPD eine Strafzahlung beziehungsweise eine Rückzahlungsaufforderung von zusammen zwei Millionen Euro.

Als die Zahlen, um die es in dem neuerlichen Verfahren gehen wird, Anfang November durch eine „Spiegel"-Veröffentlichung erstmals publik wurden, hatte Ulrich Eigenfeld, der inzwischen die NPD-Kasse führt, sich noch darum bemüht, die Angelegenheit als Teil einer Kampagne gegen die Partei darzustellen, und Durchhalteparolen verbreitet: „Ein neuer Spendenskandal, der die NPD erschüttert, soll von Spiegel online offensichtlich herbeigeschrieben werden. Nach allem was wir zur Zeit wissen, ist dies aber nur die Interpretation der hierfür spezialisierten Spiegel-Skandaljounalisten." Doch schien er zu ahnen, dass die NPD nicht so glimpflich davonkommen werde. Jedenfalls appellierte er an die Basis innerhalb und außerhalb der Partei, das Portemonnaie zu öffnen: „In diesem Kampf brauchen wir die Unterstützung aller Freunde und Anhänger."

Eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren droht Kemna in dem nun anstehenden Verfahren vor einer Großen Strafkammer des Landgerichts Münster. Dieselbe Kammer hatte Kemna im September 2008 wegen Untreue in 80 Fällen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Schon nach diesem ersten Urteil war klar, dass damit Kemnas Wirken als NPD-Schatzmeister strafrechtlich noch nicht komplett aufgearbeitet sein würde. Vor dem Hintergrund von Tricksereien bei der Parteienfinanzierung nahmen die Ermittler die „Buchführung" Kemnas weiter unter die Lupe.

Konnte ein einzelner, von Vorstandskollegen, Wirtschafts- und Kassenprüfern angesichts seiner Verdienste um die Partei nur nachlässig beaufsichtigter Schatzmeister tun und lassen, was er wollte? NPDler versuchten nach Kemnas Verurteilung im vorigen Jahr diesen Eindruck zu erwecken, überzeugten damit aber nicht. Diesmal dürfte diese Argumentation erst recht nicht verfangen. Es geht eher um ein „System Kemna" beziehungsweise ein „System NPD" mit einer Reihe von Mitwissern und Mittätern. Dafür spricht unter anderem die Methode, mit der der frühere Schatzmeister höhere Zuschüsse aus der Parteienfinanzierung ergaunert haben soll: durch ein fiktives Aufblähen der Einnahmen. Der Ex-Landeschef in Thüringen, Frank Golkowski, hatte es mit falschen Spendenquittungen ebenso praktiziert. Eine Strafzahlung von 870 000 Euro kostete das die Partei vor drei Jahren. Golkowski hatte später noch behauptet, die Praxis gezielter Spenden-Manipulationen werde von der NPD-Führung „toleriert und sogar gefördert".

Tomas Sager

Der ewige Judenhass

Ein NPD-Kommunalpolitiker aus Nordrhein-Westfalen setzt sich für das Gedenken an die Judenverfolgung ein – vom Landesvorstand seiner Partei wird er dafür streng gerügt.

Gemeinhin sind NPD-Kader damit beschäftigt, ihren Judenhass auszuleben und den Holocaust zu bestreiten. Aufgrund einer Ratsanfrage des NPD-Ratsmanns Holger Wilke bot sich Ende 2009 in Erkelenz (Kreis Heinsberg) ein unerwartetes Bild. Er mahnte an, dass das Gedenken an die Opfer der Pogromnacht nicht optimal geschehe und der jüdische Friedhof schlecht gepflegt sei. Nach Irritationen schimpfte NRW-Landesvorständler Matthias Pohl, die NPD nehme „diese Anfrage mit Befremden zur Kenntnis." Man müsse vielmehr „der ewigen jüdischen Opfertümelei" entgegentreten.

Wilke hatte der Verwaltung die auf den 12. November datierte Anfrage zugeschickt. Das Schreiben bezog sich auf eine Gedenkfeier am Jahrestag der Pogromnacht. Sie fand auf dem jüdischen Friedhof statt. Wilke gab an, „selbstverständlich" der „wichtigen Gedenkfeier" beigewohnt zu haben. Als Grund nannte er, dass er „Vorfahren" habe, die in der NS-Zeit „ebenfalls der Judenverfolgung [...] ausgesetzt waren". Er regte an, die Stadt möge einen mobilen Pavillon anschaffen, um Gäste künftiger Gedenken vor Regen zu schützen.

Wilke, Jahrgang 1968 und Textilmeister, bemängelte, dass eine angrenzende Mauer mit Schmierereien „verunstaltet" sei und fragte, ob die Stadt diese entfernen lassen wolle oder Anzeige erstattet habe. Überdies regte er an, „im Rahmen einer Gedenkfeier einen Magen David (Davidstern) oder Menorah (siebenarmigen Leuchter) aus Stein oder Metall anfertigen zu lassen und an der Außenmauer oder auf dem jüdischen Friedhof selbst anzubringen, als religiöses Zeichen der Verbundenheit mit den jüdischen Verstorbenen und ehemals Erkelenzer Mitbürgern." Zudem solle das Areal umfriedet oder dichter bepflanzt werden, um „ein Quantum an Friedhofsruhe" wegen eines Gewerbegebietes zu schaffen. Der jüdische Friedhof sei ein „besonders wertvolles Kleinod" und dass „Schüler und Jugendliche [ihn] pflegen, ehrt diese im Besonderen."

In Szenekreisen sorgte das Bekanntwerden der Anfrage für heftige Diskussionen. Am 22. Dezember sah sich die nordrhein-westfälische NPD gezwungen, ein „Interview" mit Wilke über jene „Behauptungen" zu publizieren. Der NPD-Ratsmann sagte demnach, aus seiner Anfrage sei falsch zitiert worden. Er stellte fest, „keinerlei jüdische Vorfahren" zu haben. In einer Art Ariernachweis hieß es, seine „deutschen Wurzeln" reichten bis ins 16. Jahrhundert zurück. Die Eltern seien im Nationalsozialismus nur als „jüdische Verbrecher" denunziert worden und seine Anfrage habe allen Gedenkfeiern gegolten, besonders jenen für gefallene Soldaten. Das Gedenken am 9. November wollte Wilke nur beobachtet haben. Mittels des Davidsterns habe er Gräber und Friedhof „kenntlich machen" wollen; die Umfriedung solle beides aus dem Stadtbild tilgen, wurde angedeutet.

Wilke war bei den NRW-Kommunalwahlen über die NPD-Reserveliste in den Erkelenzer Rat gewählt worden. Jahre zuvor hatte er die Bündnis-Grünen verlassen und engagierte sich mit seiner Ehefrau in sozialen, Umwelt- und Tierschutzinitiativen. Beide versuchten dabei wiederholt, Interessenten für die NPD anzuwerben. Trotz seiner im Raum Heinsberg unbekannt bleibenden NPD-Kandidaturen 2005 bei der Landtags- (Düsseldorf) und Bundestagswahl (Krefeld/Neuss) fungierte Wilke später auch als Schatzmeister im NRW-Verband der Tierschutzpartei. Nach Hinweisen auf dessen Tätigkeit als NPD-Lokalpolitiker forderte diese ihn 2009 zum Austritt auf. Zwei Tage später verließ Wilke die Tierschutzpartei.

Wilkes „Interview" entfernte die NPD-NRW nach wenigen Tagen wieder von ihrer Homepage – zuvor bekannt gewordene Zitate aus der Anfrage waren korrekt gewesen und widersprachen diametral dessen „Interview". Am 28. Dezember erschien dann ein Text von Matthias Pohl, „Schulungsleiter" im NRW-Landesvorstand der NPD. Man sehe es „nicht als die Aufgabe eines nationaldemokratischen Kommunalpolitikers an, sich an Veranstaltungen zu beteiligen, bei denen wir Deutsche als ‘Tätervolk’ deklassiert werden," watschte er Wilke ab. Und Pohl wetterte über den „seit 60 Jahren betriebene[n] Schuldkult" und die „finanzielle Auspressung des deutschen Volkes". Daher habe ein „nationaler Mandatsträger" sich „schon alleine aus moralischen Gründen" nicht bei Gedenkveranstaltungen wie der am 9. November „rumzutreiben".

Michael Klarmann

Großspurige Ambitionen

Die neue Monatszeitschrift „ZUERST!" bekennt sich „zu den eigenen deutschen Interessen" und will sich als rechtes Pendant ausgerechnet zum „Spiegel" verstehen.

Mit einer Auflage von angeblich rund 90 000 Exemplaren startete am 18. Dezember 2009 die Monatszeitschrift „ZUERST!" aus dem Hause des extrem rechten Verlegers Dietmar Munier (Jg. 1954). Ein offizieller Redaktionssitz von „ZUERST!" wird im Impressum dieses „deutschen Nachrichtenmagazins" nicht ausgewiesen – lediglich eine Postfachadresse in Berlin. Telefon- und Faxnummer sind dagegen mit denen des Munier-Verlagsimperiums im schleswig-holsteinischen Martensrade (Kreis Plön) identisch. In „ZUERST!" ist die Monatszeitschrift „Nation&Europa" (NE) aufgegangen, die Ende 2009 im 59. Jahrgang mit einer Doppelausgabe ihr Dasein beendete. NE war die älteste erscheinende Zeitschrift des deutschen Rechtsextremismus und bot Vertretern unterschiedlicher Strömungen eine Plattform. Angaben von Munier zufolge ist „ZUERST!" „die Umgestaltung von NE, um sie für das 21. Jahrhundert sturmfest zu machen". Außer dem damaligen NE-Mitherausgeber Harald Neubauer greift bisher allerdings keiner der bisherigen NE-Autoren für das neue Zeitschriftenprojekt zur Feder. Mehrere „ZUERST!"-Autoren und Interviewpartner waren früher im Umfeld der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) zugange.

Chefredakteur von „ZUERST!" ist der in Bonn lebende langjährige JF-Autor Günther Deschner (Jg. 1941), vormals Leiter des Kulturressorts der Tageszeitung „Die Welt". Bislang stand Deschner für den Munier-Verlagskomplex als Autor und Interviewpartner der rechtsextremen „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ) sowie als Referent beim Lesertreffen von Lesen & Schenken zur Verfügung. In geschichtsrevisionistischen Kreisen genießt Deschner als „der Entdecker" (NPD) des extrem rechten Historikers Hellmut Diwald (JF: „Ein Historiker, der Deutschland liebte") einen hohen Ruf. Laut Deschners Editorial zufolge bekennt sich „ZUERST!" „zu den eigenen deutschen Interessen", will nicht an der „Entartung unseres politischen Systems und der Entmündigung des Volkes als politischer Souverän" mitwirken und „sich dem Konformitätsdruck des Meinungskartells nicht unterordnen".

Man versteht sich quasi als rechtes Pendant zum Nachrichtenmagazin „Der Spiegel". Das mehrfach namentlich von Deschner erwähnte „Blatt" habe „über weite Strecken auch zersetzend gewirkt" und „an der herrschenden Meinungsdiktatur der politischen Korrektheit mitgewirkt", wird behauptet.

Führende Funktion im Kreise rechtsextremer Verleger

Starker Mann der „ZUERST!"-Mannschaft ist neben Deschner der ehemalige langjährige JF-Redakteur Manuel Ochsenreiter (Jg. 1976). Ochsenreiter, seit Ende 2004 Chefredakteur der DMZ, gilt als „JF-Urgestein", der das „Profil der Zeitung wesentlich mitgeprägt hat" (JF). Der Interviewpartner der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" war 2008 Gast der islamistischen Hisbollah im Libanon und ließ sich dort, posierend auf einem zerstörten israelischen T-55-Panzer, fotografieren.

Auf mehreren Seiten vorgestellt wird in „ZUERST!" der FPÖ-Politiker Andreas Mölzer. Die lobhudelnden Aussagen über diesen umtriebigen österreichischen Rechtsextremisten („Architekt einer europäischen Rechten", „Intellektueller, Macher, Populist und Schöngeist") sollen wohl die Leser/innen in der Alpenrepublik zu einem Abonnement ermuntern.

Mit Anzeigen vertreten sind in „ZUERST!" unter anderem die extrem rechte Wochenzeitung „Zur Zeit", die aus der Österreich-Ausgabe der JF hervorgegangen ist, das JF-nahe Institut für Staatspolitik, der Lindenbaum Verlag von Siegfried Bublies und die Verlags GmbH Signum und Amalthea (Sitz: Wien).

Mit der Gründung von „ZUERST!" hat Dietmar Munier, einst stellvertretender schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und JN-Kreisvorsitzender Kiel sowie Aktivist des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ), seine führende Funktion im Kreise rechtsextremer Verleger weiter ausgebaut. Zur Unternehmensgruppe von Munier zählen bislang die Lesen & Schenken GmbH, der Arndt-Verlag, der Bonus-Verlag, der Orion-Heimreiter-Verlag der Pour le-Merite-Verlag und die Deutsche Militärzeitschrift/Verlag (DMZ).

Anton Maegerle

Völkische Erziehung

In den Reihen des „Sturmvogels – Deutscher Jugendbund" finden sich bekannte Familiennamen der Szene – der Nachwuchs trifft sich in regionalen „Lagern", man ist um gemäßigte Außenwirkung bemüht.

Es ist Mittagszeit in der Jugendfreizeitstätte Recknitzberg im Landkreis Bad Doberan. Ein bellender Schäferhund bewacht das an einer Sackgasse gelegene Gebäudeensemble inmitten von Wald und Feldern. Rund 40 Jugendliche und Kinder aus dem Raum Hamburg, Winsen/Luhe, Plön und Nordwestmecklenburg sind kurz nach Weihnachten Ende Dezember 2009 angereist, um für einige Tage ihr „Winterlager" in Mecklenburg-Vorpommern zu verbringen.

Politische Arbeit unter dem Deckmantel Familie und Brauchtum

Sie gehören dem „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund" an und tragen lange Röcke, Zimmermannshosen und Jungenschaftsjacken, dazu grüne Fahrtenhemden mit dem schwarzen Vogelsymbol vor schwarz-weiß-rotem Hintergrund auf dem Ärmel. Wenige Jugendliche sind für die Kleinen zuständig. Sie fühlen sich ungestört, scheinen aber, wie andere kleine Jugendbünde aus dem völkisch-nationalen Lager, seit dem Verbot der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) aufgeschreckt und argwöhnisch. Im Visier der Behörden sind sie bundesweit nicht. Doch Journalisten gelten als feindlich, Fragen werden nicht beantwortet, in szeneüblicher „Notfall"-Manier wird stattdessen sofort versucht, die Kamera zu entreißen. Ganz so harmlos und unpolitisch wie der „Sturmvogel" sich nach außen darzustellen versucht, mag er nicht sein.

In seinen Reihen finden sich seit der Gründung immer wieder bekannte Familiennamen der Szene. Viele der rund 200 bundesweiten Anhänger haben durch Familie und Verheiratungen Kontakte von bündischen Gruppen bis hin zu ehemaligen Akteuren der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend", von der NPD bis ins öko-neuheidnische Spektrum. Sie sind eng vernetzt, politische Arbeit wird unter dem Deckmantel Familie und Brauchtum getarnt.

Jungen- und Mädchenarbeit „grundsätzlich getrennt"

1987 hatten sich Mitglieder der militanten „Wiking-Jugend" unter Führung von Rudi Wittig abgespalten und den „Arbeitskreis Junger Familien" gegründet. Auch sie waren „volkstreu eingestellte Deutsche", die Kameradschaft von Kindern und Jugendlichen im Alter von drei bis 18 Jahren fördern und Eltern bei der Erziehung zur Seite stehen wollten. Schulungen, Lager und Fahrten in regionalen kleinen Gruppen standen auf dem Programm. So genannte Horste wurden vor allem in Bad Oeynhausen, Bad Soden, Berlin, Ebenhausen, Garding, Hamburg, Köln, München, Siegburg, Rheinbach, Toppenstedt und Wölfersheim aktiv. Wie bei der „Wiking-Jugend" blieb auch die Jungen- und Mädchenarbeit „grundsätzlich getrennt". Eine Vereinsregistereintragung war nicht vorgesehen, durch das „Edlen-Wahlrecht" sollten nur die Horstführungen die Bundesführung bestimmen.

Sie sind angetreten, um das „große deutsche Kulturerbe" zu bewahren, schreiben in Runen, geben den Monaten germanische Namen und begrüßen sich mit „Heil", ansonsten werden harte Parolen vermieden. Ihre Zelte sind schwarz und heißen Jurten. Sie verehren Hermann Löns, wie auch die verbotenen Organisationen „Wiking-Jugend" und „Heimattreue Deutsche Jugend", und halten wie sie Kletterübungen und Sonnwendfeiern ab. Immer sind die „Sturmvögel" um gemäßigte Außenwirkung bemüht. Kinder und Jugendliche sollen sich nebenher gezielt beim Roten Kreuz oder in Feuerwehren engagieren, heißt es intern.

Doch unter den Aktivisten tauchten in der Vergangenheit auch Namen wie die langjährige NPD-Aktivistin Edda Schmidt aus Bisingen auf. Schmidt ist heute mehrfache Großmutter und Chefin der Partei-Unterorganisation „Ring Nationaler Frauen" (RNF).

Aggressiv auftretender „Sturmvogel"-Anhänger will Journalisten den Weg versperren

Ein erstes „Sturmvogel"-Lager fand auf dem Gelände der in extrem rechten hessischen Kreisen sehr bekannten Familie Godenau in Sebbeterode statt. Roy Godenau ist heute stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Nordhessen. Seine Frau Ingeborg wurde als Lehrerin aufgrund ihrer politischen Tätigkeit von den Behörden beobachtet. Die Kinder nahmen schon früh an völkischen

Lagern teil. Eine der Töchter lebt heute mit der eigenen Familie im Landkreis Nordwestmecklenburg. Deren Familienfahrzeug nutzte ein aggressiv auftretender junger Anhänger des „Sturmvogel“ in Recknitzberg bei dem Versuch, Journalisten den Weg zu versperren.

Auch Rudi Wittig, der erste Bundesführer des „Sturmvogels“, lebt heute in Nordwestmecklenburg. Seine Verwandten scheinen in alle Landesteile verstreut. Eine Nichte ist mit einem NPD-Kreisvorsitzenden verheiratet, die Kinder besuchten HDJ-Lager, andere Verwandte scheinen im „Sturmvogel“-Spektrum aktiv. Vor Jahren warb Wittig dafür, ein „geeignetes Grundstück beziehungsweise Haus/Schloss/Burg in zentraler Lage Deutschlands“ für ein „Bundeszentrum“ der Gruppe zu suchen.

Lieder-CD mit 15 „Volks- und Fahrtenliedern“ im „Antiquariat Curiosum“

Von der Organisation wurde in den letzten Jahren wenig wahrgenommen. Ihre Schriften werden nur in vertraute Hände gereicht, Aktivisten tragen Tarnnamen, Amtsträger werden nicht offen benannt. Auch Wittig arbeitet zurückgezogen. Vom Gut Goldebee, in der Nähe von Wismar aus, betreibt er sein „Antiquariat Curiosum“. Im Angebot: Eine Lieder-CD mit 15 „Volks- und Fahrtenliedern“ des „Sturmvogels“. Wohl aufgenommen beim Godenau-Nachwuchs im Umland. Wittig vertreibt auch ein aktuelles Buch über den historischen „Wehrwolf“, verlegt in Toppenstedt, vertrieben unter anderem durch den Pommerschen Buchdienst der NPD in Anklam.

Man kennt sich. In Toppenstedt residiert der Berg-Clan. Großvater Uwe Berg stand früher dem im Oktober vergangenen Jahres verstorbenen Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Jürgen Rieger und seinen Organisationen nahe. Er belieferte die Himmler-Tochter mit Büchern und NS-Accessoires oder sprach von seiner großen Kinderschar als „eigenem Lebensborn“. In seinem renovierten Fachwerkhaus lagern einschlägige Bücher bis unters Dach, darunter rassistische Werke von Autoren wie Hans F.K. Günther („Der nordische Gedanke“) oder Ludwig Fahrenkrogs „Das Deutsche Reich“.

Seit 1987 existiert in Toppenstedt im niedersächsischen Landkreis Winsen-Luhe ein „Horst“ des „Sturmvogels“. Markus Eickhoff aus Wulfsen ist verantwortlich für Spenden und die Homepage. Aus seiner Region beteiligten sich Anhänger am aktuellen Winterlager in Recknitzberg.

Bei eisiger Kälte eilten am 1. Januar dieses Jahres Eltern mit ihren Kleinbussen heran, um die Kinder des „Sturmvogel“-Lagers abzuholen. Mit dabei: „Heimattreue“ aus Plön, die bereits 2007 am HDJ-Lager in Dratum-Ausbergen teilgenommen hatten. Einige Kinder aus dem Umfeld des ehemaligen „Sturmvogel“-Bundesführers Wittig haben es an diesem frostigen Tag nicht weit, ihre Familien haben sich inzwischen in der Region angesiedelt. Elmar Mehldau, Herr auf Gut Goldebee und damit Nachbar von Wittig, war vor langen Jahren Herausgeber des „Sturmboten“ – heute will er dem „Sturmvogel“ nicht mehr angehören, wie er gegenüber diversen Medien bekräftigte. Mehldau engagiert sich jetzt für die Gemeinde Benz als deren ehrenamtlicher engagierter Bürger.

„Heimattreue“ aus Plön beim Winterlager mit dabei

Auch Rudi Wittig hat Karriere gemacht: der Antiquariatsbetreiber fungiert als Regionalbeauftragter der „DHV – Die Berufsgewerkschaft“, einem nicht ganz unumstrittenen, mitgliederstarken Verband, der aus dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband“ hervorgegangen sein soll und in der Vergangenheit mit der völkisch-antisemitischen Angestellten-Gewerkschaft in Verbindung gebracht wurde. Wittigs sehr konservative Gewerkschaft gilt bei der IG Metall und dem DGB eher als „Erfüllungsgehilfe der Arbeitgeber“, auch von „Scheingewerkschaft“ ist in diesem Metier die Rede.

Das Innenministerium in Schwerin räumte nun laut „Ostsee-Zeitung“ ein, man werde den „Sturmvogel“ jetzt wohl überprüfen müssen. Immerhin war er bundesweit bisher nicht Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

Andrea Röpke/Andreas Speit

Strippenzieher und Mäzen

Der Verleger Herbert Fleissner zeigt wenig Scheu gegenüber rechtsextremen Kreisen.

In der neuen Monatszeitschrift „ZUERST! aus dem Hause des Kieler Verlegers Dietmar Munier wirbt auf der Rückseite ganzseitig die Verlags GmbH Signum und Amalthea (Sitz: Wien). Geschäftsführer ist laut Domainabfrage der Münchner Verleger Herbert Fleissner (Jg. 1928).

Der gebürtige Egerländer unterhält seit Jahrzehnten Beziehungen zur extrem rechten Szene im deutsch-sprachigen Raum. Szene-Kenner vermuten in dem Angehörigen der Innsbrucker Burschenschaft Suevia einen Mäzen und Strippenzieher der rechten Sache; sei es als Unterstützer der „Jungen Freiheit" (JF), Mitglied (seit 1957) und Spender des „Witikobundes", Gründungsmitglied von „Stimme der Mehrheit", angeblich zeitweiligen Sponsors der „Deutschland-Bewegung" sowie Ideengeber des im Jahr 2000 erschienenen Machwerkes „Der Verfassungsschutz" (Universitas) von Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler. Anzeigen von Fleissners Verlagsimperium erschienen über Jahrzehnte hinweg in mehreren rechtsextremen Zeitschriften, darunter auch in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (DGG) aus dem Grabert-Verlag.

Den Grundstein seines Unternehmens legte der Jurist Fleissner zu Beginn der 50er Jahre mit der Gründung des Bogen Verlags. Der Bogen Verlag nahm sich besonders den Werken sudetendeutscher Dichter wie Wilhelm Pleyer an. Pleyer war bis zu ihrem Verbot 1933 Gaugeschäftsführer der Deutschen Nationalpartei in der CSR und später Redner bei NPD-Veranstaltungen.

Mitte der 80er Jahre fusionierte Fleissner sein Verlagsgeflecht (unter anderem Bogen, Herbig, Müller und Amalteha) mit Ullstein und Propyläen. Die Verbindung des nun drittgrößten bundesdeutschen Buch-Anbieters hielt bis 1996. Ende 2004 zog sich Fleissner weitestgehend aus dem Geschäftsleben zurück. Fleissners „eigentliche Lebensleistung", so Klaus Hornung, zeitweilig Präsident des Studienzentrums Weikersheim (SZW), in der JF, „ist es wohl, dass aus seinem Spürsinn für Menschen, Autoren und Themen ein publizistischer Ertrag und eine Autorengemeinschaft hervorgegangen sind, ohne die Deutschland schon längst vollständig dem 'antifaschistischen' Zeitgeist anheimgefallen wäre". So brachte Fleissner fast sämtliche Werke von Joachim Fernau, vormals SS-Obersturmführer im SS-Kriegsberichterzug der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte SS Adolf Hitler", heraus. In seiner Grabesrede auf Fernau, der der Kriegsgeneration noch heute als Verfasser eines Sieg verheißenden Durchhalte-Artikels aus dem August 1944 bekannt ist, bezeichnete Fleissner diesen als „großen Geist". Ein Forum bot Fleissner in seinem Verlagsgeflecht auch Autoren wie David Irving, Franz Schönhuber, Armin Mohler, Ernst Nolte Hans-Ulrich Rudel und Alfred Schickel. Mohler konnte bei Fleissner unverblümt Auschwitz in Frage stellen. In „Der Nasenring" befand Mohler über den pseudo-wissenschaftlichen „Leuchter-Report", er lege „die Vermutung nahe, dass hier nachträglich und auf recht dilettantische Weise Vergangenheitsanlagen simuliert wurden". An Mohlers Beerdigung im Jahr 2003 nahm auch Fleissner teil.

Fleissners rechtslastige Aktivitäten gerieten 2003 sowohl in Deutschland als auch in Österreich verstärkt in die Schlagzeilen. Damals wurde bekannt, dass Fleissner zehn Prozent Anteile an der extrem rechten österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit" hält. Im gleichen Jahr unterschrieb das CSU-Mitglied Fleissner den aus JF-Kreisen initiierten Appell „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann". 2004 gratulierte Fleissner der JF zum zehnjährigen Geburtstag als Wochenzeitung. Die Zeitschrift dankte es Fleissner mit dem Gerhard-Löwenthal-Preis für Publizistik

Keine Abgrenzungsscheu gegenüber NPD-sympathisierenden Kreisen zeigte Fleissner im April 2008. Im thüringischen Suhl wurde Fleissner auf dem Jahreskongress der „Gesellschaft für freie Publizistik" mit der Ulrich-von-Hutten-Medaille ausgezeichnet. Die Laudatio hielt Gert Sudholt, Ziehsohn von Helmut Sündermann, dem einstigen stellvertretendenden Reichspressechef der NSDAP. Referent dieses GFP-Kongresses war unter anderem der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub. Sudholt betonte in seiner Rede, dass Fleissner „mit einer Vielzahl von Autoren und deren aktuellen Büchern mit Leidenschaft" gegen die 68er „zu Felde" gezogen sei. Fleissners „Bekenntnis zur Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkrieges" verdiene „Anerkennung und Würdigung."

Anton Maegerle

Gemeinsame Eckwerte

Bei der französischen extremen Rechten scheinen sich der Front National und der aktivistische „Bloc identitaire" einander anzunähern.

„Aktuell befindet sich der französische Front National in einem vorübergehenden Höhenflug. Bis zu zehn Prozent in den Stimmabsichten – im Vorfeld der Regionalparlamentswahlen in ganz Frankreich im März – konnte die rechtsextreme Partei kurz vor Weihnachten erreichen. Beflügelt hat den FN vor allem die durch das französische Kabinett losgetretene Debatte um die „nationale Identität". Die Partei von Jean-Marie Le Pen und Tochter Marine konnte ihre Basis erneut mobilisieren wie seit längerem nicht mehr; sie zeigt auf Wochenmärkten und im Vorwahlkampf eine im Verhältnis zu den letzten Jahren – infolge ihrer länger andauernden, inneren Führungskrise – ungewöhnlich starke Präsenz.

Doch auch wenn der FN nunmehr in Wahlkämpfen und -absichten derzeit erneut aufsteigt, musste die Partei dennoch auf dem Feld des rechtsextremen Aktivismus in jüngerer Zeit viel Terrain anderen Kräften überlassen. Auch ein Aderlass an Aktivistenpotenzial, unter enttäuschten oder über die programmatischen „Modernisierungs"bemühungen der künftigen Chefin Marine Le Pen besorgten Parteifunktionären, trug dazu bei. Kleinere Parteien wie die „Neue Rechte des kleinen Volkes" (NDP) um Robert Spieler oder die „Partei Frankreichs" (PdF) unter dem Ex-FN-Generalsekretär Carl Lang gingen aus Abspaltungen hervor.

Die größte Aufmerksamkeit aber erregt der „Bloc identitaire" (vgl. bnr 23/2009), nicht unbedingt wegen seiner Stärke – einigen hundert Aktivisten, vielleicht 3000 Sympathisanten –, sondern vielmehr wegen seines Aktivismus im außerparlamentarischen Bereich. Dort macht er durch mal tendenziell gewaltförmige, mal spektakuläre und Aufsehen erregende Aktionen von sich reden; etwa durch Störaktivitäten bei Kundgebungen der Solidarität für Einwanderer wie am 5. September in der Nähe von Pau oder Ende September vergangenen Jahres gegen eine Ausstellung über das Schicksal „illegalisierter" Einwanderer in einer Bibliothek in Lyon. Auch die rechtsextreme Volksküche des „Bloc identitaire" in den Wintermonaten – ein Suppenausschank für Obdachlose und Bedürftige mit der inzwischen berühmten „Schweinesuppe", die Moslems ebenso wie Juden fernhalten soll – sorgte, trotz ihres zeitweiligen Verbots vor drei Jahren in Paris, für Echo.

Erheblichen Wirbel verursachte der „Bloc identitaire" jüngst mit einer Kampagne gegen eine vorgebliche „positive Diskriminierung" (zugunsten von Frauen und ethnischen Minderheiten), die in seinen Augen durch die Chefin des französischen Atomkonzerns AREVA praktiziert werde. Anne Lauvergeon, Vorstandsvorsitzende der Nuklearfirma AREVA, hatte in einer Fernsehsendung etwas flapsig erklärt, um historisch überlebte Privilegien zugunsten einer modernen Personalpolitik aufzubrechen, würden ihr Unternehmen und sein Management „bei gleicher Qualifikation bevorzugt jene einstellen, die etwas anderes als weiß und männlich sind". Der „Bloc identitaire", aber auch andere Teile der extremen Rechten – etwa die christlichen Fundamentalisten unter Bernard Antony (früher FN, jetzt parteilos), die seine Kampagne unterstützen – stimmten sogleich einen lautstarken Chor an. Ihren Darstellungen zufolge seien gerade die „männlichen Weißen" systematischer Diskriminierung und Hürden auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt, weil viel zu viel für die bevorzugte Einstellung von Minderheiten und von weiblichen Beschäftigten getan werde. Mithilfe dieser Anti-Anti-Diskriminierungs-Kampagne hat der „Bloc" in der gesamten extremen Rechten hohe Aufmerksamkeit erregt.

Aktuelle Meldungen sprechen nun von einer partiellen Annäherung zwischen FN-Führungsleuten und dem „Bloc identitaire". Am 23. Dezember schrieb die Tageszeitung „Libération", Marine Le Pen, die Tochter des Parteipatriarchen Jean Marie Le Pen, habe aus zwei Anlässen den Chef des „Bloc", Fabrice Robert, der früher einmal FN-Kommunalparlamentarier in Nizza war, getroffen. Aufgrund gemeinsamer Eckwerte in der Orientierung (Verbannung eines offenen Antisemitismus aus der Argumentation, Ausrichtung auf den „Hauptfeind" Islam), die Marine Le Pen und den „Bloc identitaire" einander annähern, sie aber von anderen rechtsextremen Strömungen wie den pro-iranischen Fraktionen unterscheiden würden, könne die künftige Parteichefin die Aktivisten des „Bloc" nicht länger unberücksichtigt lassen.

Bernhard Schmid

Bittere Jahrestage

Daten der deutschen Zeitgeschichte – ein Rückblick auf die Jahre 1930, 1935, 1940 und 1945.

In der ersten Nummer eines Jahres gibt „blick nach rechts“ traditionell einen kurzen Überblick über wichtige Erinnerungstage der kommenden zwölf Monate. Dies kann unter anderem helfen, Spuren der Geschichte nachzugehen und zu verstehen, warum es auch 77 Jahre nach der Machtübergabe an die Nazis in vielen europäischen Staaten noch Tage der Erinnerung gibt. Andererseits ist es mit erheblichem zeitlichem Abstand leichter, Hintergründe zu erfahren und vieles zu erklären.

1930: Es beginnt bereits in den ersten Dezembertage des Jahres 1930, als in Berlin zwischen dem 5. und dem 9. Dezember immer wieder Kinos gestürmt wurden. Damals lief der berühmte Film eines bekannten deutschen Schriftstellers: „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque. Er hat seinen Roman über den Ersten Weltkrieg an der Westfront so genannt, weil er den Tagesmeldungen von den Kriegsschauplätzen entsprach. Dem stellt Remarque das gegenüber, war er als Soldat dort Monate lang erlebt hat: Tägliches Verrecken in Schlamm und Kot, grässliche Verwundungen, Hunger, Kälte, Elend – eben: Im Westen nichts Neues. Ein Buch gegen den Krieg. Das gefiel den Nazis überhaupt nicht. Deshalb befahl der NS-Gauleiter von Berlin, Joseph Goebbels, seinen Schlägertrupps, diese Aufführungen zu stören und damit Zeichen gegen den Pazifismus zu setzen. Als die NSDAP im Januar 1933 an die Macht kam, landeten Bücher von linken, pazifistischen und jüdischen Autoren auf Scheiterhaufen, die im ganzen Reich loderten. Die Initiative dazu kam dieses Mal nicht von Goebbels, sondern von den örtlichen NS-Studentenschaften. Das wird oft nicht erwähnt, zeigt aber, wie freudig besonders in der akademischen Jugend der „Ungeist“ aufgegriffen worden ist.

1935: Am 27. März beginnt der offene Kampf gegen alle Linken. Zuerst trifft es die deutsche Leitung der Kommunisten Partei, deren Mitglieder an diesem Tag verhaftet werden. Damit fehlt der Partei die eigentliche Führung, die Arbeit der Basis bricht über Nacht zusammen. Die NSDAP hat einen ihrer stärksten Gegner ausgeschaltet.

Der nächste Schlag folgt am 8. Juli 1935. Diesmal richtet er sich gegen Juden. Studenten müssen einen „Ariernachweis“ beibringen – eine Vorstufe zum Verbot für Juden, an deutschen Universitäten überhaupt zu studieren. Im folgenden Monat trifft es die Freimaurer. Sie waren zwar hier und da schon massiv unter Druck gesetzt worden. Ihr offizielles Verbot stand bis dahin allerdings noch aus. Es kommt am 17. August 1935.

Die „Nürnberger Gesetze“ beenden das Leben für Juden in der Öffentlichkeit

Nicht vergessen werden darf in diesem Rückblick selbstverständlich der September 1935 mit dem Parteitag der NSDAP vom 10. bis zum 16. in Nürnberg. In jener Woche im Herbst 1935 verabschiedeten die Mitglieder des Parteitages die berüchtigten „Nürnberger Gesetze“, die das Leben für Juden in der Öffentlichkeit beendeten. Ihre Anwendung hat ein Mann durch Kommentare praktikabel gemacht, der in den Anfängen der Bundesrepublik zum zweitmächtigsten Mann des jungen Staates aufsteigen sollte: Hans Globke, Chef des Bundeskanzleramtes von Konrad Adenauer.

Der 15. September wird hoffentlich von der Bundeswehrführung nicht vergessen. Dann jährt sich nämlich der Tag, an dem vor 75 Jahren alle deutschen Juden vom Wehrdienst ausgeschlossen worden sind. Der Dienst in der Wehrmacht galt damals als eine Art von Ehrendienst für das Vaterland, den Juden nicht weiter ausüben sollten. Der Vorsitzende des „Bundes jüdischer Soldaten“, Michael Berger, nennt in einem Aufsatz der Zeitschrift „Tribüne“ im März 2010 diesen Ausschluss zu Recht „Eine grausame Täuschung“.

Ein Ereignis aus dem Jahr 1935 bildet den Schlusspunkt im Rückblick auf die Ereignisse vor 75 Jahren, weil es darüber noch immer Gerüchte gibt. Es ist die Stiftung „Lebensborn e. V.“ von Heinrich Himmler vom 13. Dezember 1935. Der SS-Chef verfolgte mit dieser Stiftung ein bevölkerungspolitisches und ein rassistisches Ziel. Er wollte Abtreibungen verhindern, die Geburtenrate erhöhen und unverheirateten Müttern anonyme Entbindungen möglich machen. Das liest sich harmlos, war es aber keineswegs. Deutsche Frauen sollten mehr Kinder bekommen und Himmler wollte Männern zusätzliche Anreize bieten, in die SS einzutreten. Insgesamt gab es 20 Lebensborn-Heime im Deutschen Reich, in Norwe-

gen, Belgien und Frankreich, in denen etwa 8000 Kinder geboren wurden. Nach der Befreiung machten Vermutungen die Runde, in den Heimen seien Menschenversuche vorgenommen worden. Das waren und bleiben Gerüchte.

Die „Weserübung" vom 10. Mai 1940

1940 war das erste Kriegsjahr und damit voller deutscher Siegesmeldungen. Polen war seit Mitte September 1939 besiegt, der NS-Terror hatte dort längst eingesetzt und in der UdSSR wütete der sowjetische Geheimdienst GPU. Ende April ermordeten dessen Mitarbeiter im Wald von Katyn nahe Smolensk etwa 4100 polnische Offiziere, die Mitte 1939 gefangen genommen worden waren. Die Moskauer Propaganda bezichtigte viele Jahrzehnte lang die Deutschen dieses Verbrechens. Erst nach der politischen Wende 1990 gab Moskau zu, selbst die Morde befohlen zu haben. Doch zurück zu den Tagen der Erinnerung: Frankreich und England hatten dem Deutschen Reich nach dessen Überfall auf Polen längst den Krieg erklärt, noch aber gab es keine Kämpfe. Das änderte sich am 10. Mai 1940 mit der „Weserübung", wie die Angriffe auf die neutralen Staaten Dänemark und Norwegen genannt wurden. Am selben Tag begann der heiße Krieg mit Frankreich. Die „Westoffensive" endete am 22. Juni 1940 mit dem Deutsch-Französischen Waffenstillstandsvertrag. Die britischen Truppen waren über den Hafen Dünkirchen zurück auf die Insel gebracht worden. Dabei konnte die Wehrmacht riesige Mengen an Waffen, Munition und Fahrzeugen erbeuten. In der niederländischen Regierungsmetropole Den Haag traten bereits die ersten Verordnungen gegen Juden in Kraft.

Nach dem raschen Ende des Krieges gegen Polen und in Westeuropa wurde im Auswärtigen Amt in Berlin Anfang August 1940 erstmals darüber beraten, was mit den europäischen Juden geschehen solle. Nach dem Sieg über Frankreich nahm sich das Deutsche Reich das Recht, auch über die französischen Kolonien zu verfügen. Man kam in Übereinstimmung mit dem SS-Reichssicherheitshauptamt zu der Auffassung, die Juden aus Europa auf die Insel Madagaskar zu deportieren. Transportiert werden sollten sie mit Schiffen der französischen Marine. Ende Juli erklärte Hitler im engsten Kreis, wie es nun im Osten weitergehen solle. Dem „Barbarossa-Plan" folgte am 18. Dezember 1940 die „Weisung 21", also die Vorbereitung auf den Angriff gegen die UdSSR im Sommer des nächsten Jahres. Das Jahr endet mit Beschlüssen der französischen Regierung gegen fremde und französische Juden, die jeden Rechtsschutz verloren.

Der letzte Zug der Reichsbahn mit deutschen Juden verlässt Berlin in Richtung Osten

1945 ist das letzte Kriegsjahr und wurde damals unterschiedlich bewertet. Für die Einen brachte es endlich die lang ersehnte Freiheit. In Deutschland hieß es noch nach sehr, sehr langer Zeit das Jahr der Niederlage, der Kapitulation. Bis zum bitteren Ende hatte die NS-Führung der Bevölkerung geradezu eingetrichtert, mit den Feinden beginne die Unterdrückung und Ausplünderung.

Der NS-Terror endete erst, als das Reich nach und nach befreit wurde. Und das dauerte oft noch lange. Am 5. Januar 1945 verließ der letzte Zug der Reichsbahn Berlin mit deutschen Juden in Richtung Osten. Am 9. und 10. Januar richteten die ungarischen Faschisten in Budapest ihr letztes grauenhaftes Blutbad an. Sie zerrten aus allen jüdischen Spitälern die Schwerkranken, schleppten sie an das Ufer der Donau und ermordeten sie vor aller Augen. Ob sie ahnten, dass die Rote Armee zwei Tage später ihre große Offensive auf die deutsche Ostgrenze beginnen werde, ist nicht überliefert. Am 26. Januar wurde das KZ Stutthof befreit, am Tag darauf Auschwitz. Den 30. Januar 1945 nutzte Hitler zu seiner letzten Rundfunkansprache. Sie war ungewöhnlich kurz. Vom 4. bis zum 11. Februar trafen sich Roosevelt, Churchill und Stalin auf der Insel Krim, um über das Schicksal Deutschlands nach dem Krieg zu beraten.

Am 18. Februar 1945 ließ Himmler mehr als 5000 Juden, die bis dahin als Partner „arischer" Deutscher geschützt gewesen waren, ins KZ Theresienstadt deportieren. Am 26. Februar wurde das KZ Groß Rosen bei Breslau evakuiert. Von den 6000 Frauen und Männern erreichten nur 1200 das KZ Mauthausen in Oberösterreich.

Hitler bringt sich am 30. April 1945 um, Himmler folgt ihm erst am 23. Mai. Da hatte das „Dritte Reich" schon kapituliert – am 8. und am 9. Mai 1945 in Reims und in Charlottenburg. Es war endlich Frieden.

Heiner Lichtenstein

Saubermänner

Köln – Weil die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln" nach dem Kommunalwahlkampf im August 2009 rund 1350 Wahlplakate nicht wieder einsammelte, flatterte den Rechtspopulisten nun eine saftige Rechnung der Stadtverwaltung ins Haus. 25 Euro pro Plakat, das nach einem Stichtag immer noch hängen geblieben war und vom Ordnungsamt weggeräumt werden musste, verlangt die Stadt von den Parteien. Im Fall von „pro Köln", das vor der Kommunalwahl eine „Plakatschlacht" angekündigt hatte, macht das 33 750 Euro. Die Empörung ist bei den Rechtspopulisten groß. Sie richtet sich aber nicht gegen jene in den eigenen Reihen, deren Wahlkampfplanung womöglich nur bis zum Wahlabend reichte, sondern gegen Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters, der zum Feindbild der Rechtsaußen geworden ist. Roters habe sich „die Vernichtung einer unbequemen Opposition" zum Ziel gesetzt, poltert „pro Köln"- und „pro NRW"-Chef Markus Beisicht. Der Oberbürgermeister wolle die „unbeugsame" Gruppierung „für immer zum Schweigen" bringen. Wegen der Forderung der Stadtverwaltung will Beisicht vor Gericht zu ziehen. Er zeigte sich zudem zuversichtlich: Man werde „diesen hinterhältigen Anschlag auf die Demokratie in Köln mithilfe unserer tausenden Mitglieder und Unterstützer abzuwehren wissen". Warum „Tausende" Mitglieder und Unterstützer der um ein Saubermann-Image bemühten „Bürgerbewegung" nicht in der Lage waren, 1350 Plakate pünktlich wieder abzuhängen, verriet er nicht. (ts)

„Harten Kern aufbauen"

Unna – Eine Anleitung „für die praktische Umsetzung der politischen Theorie in Form von national befreiten Zonen" hat ein Neonazi auf der Homepage des „Freien Netzes Unna" online gestellt. Der namentlich nicht genannte Autor ruft seine Kameraden dazu auf, „Freiräume zu erkämpfen": Aktive Gleichgesinnte sollen demnach am besten in einer Zone/Straßenzeile wohnen und so das Grundgerüst einer Gruppe bilden. In dieser „national befreiten Zone" müsse der Neonazi-Zusammenschluss nach innen und nach außen das Sagen haben. Dazu zählen „kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit mit propagandistischen Mitteln" sowie der Aufbau eines „harten Kerns" der Truppe. „National befreite Zonen" sollten einerseits der „Festigung der internen Netzwerke" dienen und andererseits ein „freies Leben ... in unserem Viertel" ermöglichen. Neben geselligem Beisammensein müssten im Viertel Schulungen und Veranstaltungen organisiert werden. Dabei solle es jedoch „nicht nur um trockene Theorie" gehen. „Im äußersten Fall", so der Neonazi-Anonymus, „können national befreite Zonen auch gegen die staatliche Exekutive und deren Repressionen dienlich sein". Jeder Kamerad müsse wissen, dass er in einer „national befreiten Zone" Unterschlupf finden kann, „sollte es zuhause mal ‚eng' werden." (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de